

Informationsdirektor Kyd:

IAEA kann nichts gegen Atomschmuggel tun

Informationsdirektor Kyd:

IAEA kann nichts gegen Atomschmuggel tun

Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) gilt als Nuklearpolizist der Welt. Was tut diese Unterorganisation der Vereinten Nationen aber gegen den Atomschmuggel, der zur Zeit insbesondere Deutschland heimzusuchen scheint?

David Kyd, Informationsdirektor der Wiener Behörde, sagt, die Kontrolle des illegalen Transfers spaltbaren Materials falle nicht in den Aufgabenbereich der IAEA. Dies sei 'die Sache der nationalen Polizeien und Geheimdienste, von Europol und Interpol'. Man könne deshalb 'praktisch gar nichts tun'. Die IAEA sei lediglich dazu da, 'den Spaltmaterialfluß in etwa tausend Zivilanlagen in 60 Staaten zu kontrollieren, die dem Atomwaffenbesitz unter dem Nichtverbreitungsvertrag abgeschworen haben. Nur zu diesem Zweck sind unsere 200 Inspektoren tagtäglich unterwegs'.

Das Haupthindernis für die IAEA sei, daß sie in den Kernwaffenländern (USA, Rußland, England, Frankreich, China) keine Befugnisse habe. Ergo falle zum Beispiel Atomschmuggel aus Rußland nicht in ihren Kontrollbereich. 'Käme etwa Nuklearmaterial aus Rußland, einem Waffenstaat', konzediert Kyd, 'wäre es für uns nicht möglich, dort nach dem Ursprung zu forschen - es sei

denn, daß der betreffende Waffenstaat mit uns kooperiert.'

Überdies werde in der IAEA die Alarmschwelle erst dann überschritten, wenn 'signifikante Mengen' in einem Nicht-Kernwaffenstaat auftauchen: Acht Kilogramm Plutonium oder 25 Kilogramm waffentaugliches Uran - die Mengen, mit denen eine primitive Bombe gebaut werden könnte. 'Nehmen wir den Fall Deutschland: Wenn auf dem Münchner Flughafen nicht 300 Gramm Mischoxyd aufgetaucht wären, sondern acht Kilogramm reines Plutonium, hätten wir uns einschalten müssen. Die Deutschen, die dem Sperrvertrag beigetreten sind, müßten uns dann erklären, wieso sie plötzlich soviel undeklariertes Plutonium hätten.'

'Wir sind aber keine Supercops', sagt Kyd. 'Wir können nicht die Arbeit der deutschen Polizei, des deutschen Zolls und der deutschen Geheimdienste übernehmen.' Tatsächlich hat in den sechziger Jahren, im Kalten Krieg, als der Sperrvertrag konzipiert wurde, niemand mit dem Problem des Atomschmuggels gerechnet. Das Hauptanliegen war es, die Ausbreitung von Atomwaffen zu verhindern. Und das Hauptinstrument des 1968 unterzeichneten Vertrages war die Überwachung der zivilen Anlagen von Nicht-Kernwaffenstaaten, die sich verpflichtet hatten, keinen Waffenstatus anzustreben.

Nun aber beginnt sich auch die IAEA mit dem Schmuggelproblem auseinanderzusetzen. Im April 1995 müssen die 121 Mitgliedsstaaten (nach 25 Jahren Laufzeit) nicht nur über die Verlängerung, sondern auch über die Ausweitung des Sperrvertrages beschließen. Auf der Agenda befinden sich drei neue Verpflichtungen:

- o Die fünf Waffenstaaten sowie die drei 'offiziellen' Schwellenländer Indien, Israel und Pakistan sollen sich verpflichten, kein waffentaugliches Spaltmaterial mehr zu produzieren.

- o Die Waffenstaaten sollen sich auf einen totalen Teststopp festlegen. (Bisher halten sich die USA, Rußland, England und Frankreich nur an ein freiwilliges Moratorium; China will weitertesten.)

- o Das waffentaugliche Spaltmaterial der gesamten Welt soll unter internationaler Kontrolle aufbewahrt werden.

Ob und wie ein so drastischer Wandel im Gebaren der Atom- und Industriestaaten erreicht werden kann, wird zur Zeit von den 'Großen Fünf' zusammen mit Deutschland, Belgien, Japan und der Schweiz verhandelt. 'Wenn eine Übereinkunft gelingt', so Kyd, 'könnten wir eine Rolle bei der internationalen Überwachung spielen.'

Josef Joffe